

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Der Volksmund sagt: „Eigenlob stinkt“. Zur Halbzeit der jetzigen Regierung stellt sich die **große Koalition** ein **positives Zeugnis** aus. Die Wahrnehmung der Bundesbürger allerdings ist eine andere. Wäre heute eine Bundestagswahl, hätten Christ- und Sozialdemokraten keine Mehrheit. Bei der kürzlichen Landtagswahl in Thüringen wurden CDU und SPD abgestraft. Die Protestpartei AfD freute sich über den enormen Stimmenzuwachs. Ohne Zweifel ist nicht alles falsch, was die große Koalition in den ersten Jahren ihrer gemeinsamen Arbeit angepackt bzw. umgesetzt hat. Viele Bundesbürger bewerten dabei nicht nur die bisher geleistete Arbeit, sondern das Erscheinungsbild. Grabenkämpfe, öffentliche gegenseitige Anfeindungen oder einfach nur mangelnde Kompetenz einzelner in der Regierung schaffen kein Vertrauen, sondern wirken abschreckend auf die Bundesbürger. Unsere Bundeskanzlerin (die ohne Zweifel in mehr als 14 Jahren ihrer Regentschaft einen guten Job gemacht hat) wirkt müde, ausgebrannt und scheint nicht die Kraft zu haben, tiefgreifende Reformen in der Zukunft durchzusetzen. Es ist ihr zuzuschreiben, dass ein Drittel des Bundeshaushalts in die Finanzierung der Renten fließt, statt mehr für Verteidigung (was uns die USA ankreidet) bzw. für öffentliche Investitionen auszugeben. Eine umstrittene Entscheidung von A.M. war die Öffnung der deutschen Grenzen (2015) in der Flüchtlingskrise. Sehr unglücklich agierte sie in der Energie- und Klimapolitik. Es wird sich bald zeigen, ob eine neue Regierung in der Lage ist, unseren künftigen Wohlstand zu sichern. Soeben haben die Wirtschaftsweisen ihr Gutachten vorgestellt, mit dem sie das Selbstlob der Regierung stützen. Für sie sind die Baustellen Digitalisierung, Investitionen und Klimaschutz noch längst nicht abgearbeitet und man mahnt großen Verbesserungsbedarf an. Die 400 Textseiten des Gutachtens stehen unter der Überschrift „Den Strukturwandel meistern“. Auf 80 Seiten listen CDU und SPD auf, dass zwei Drittel der großen Vorhaben des Koalitionsvertrages vollendet oder auf den Weg gebracht wurden. Ob weitere Reformen (gemäß Wirtschaftsweise) wie Senkung der Unternehmenssteuer, Reformierung der Bürokratie u.a.m. umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Bei den Themen „Schwarze Null“ oder Neuverschuldung sind sich die Wirtschaftsweisen nicht einig. Von der Regierung müssen aber Impulse kommen, will man 2020 ein Wirtschaftswachstum von 0,5% erreichen. Nach dem Anpfiff zur zweiten Halbzeit hat man sich auf das Thema Grundrente eingeschossen (und auch bereits am 20. dieses Monats in Verhandlungen etwas auf den Weg gebracht). Ob beim Abpfiff ein Ergebnis vorliegen wird, bleibt abzuwarten. Eines steht schon heute fest: Nach Beendigung der Legislaturperiode will keiner der Parteien eine Fortsetzung der großen Koalition. Das ist gut so!

Durch die Vernetzung von Maschinen (Technologien) hält die Industrie 4.0 nicht nur bei großen Firmen, sondern auch bei Mittelständlern Einzug. Das Internet ist der wichtigste Grundbaustein für die Digitalisierung. Das ruft **kriminelle Hacker** auf, die Netze lahmzulegen. Eine Studie des Digital-Brancheverbandes Bitkom kommt zu dem Ergebnis, dass der deutschen Wirtschaft jährlich Schäden von über 100 Mrd. € entstehen. Zahl der Angriffe: Steigend! Ein Drittel der Angriffe gehen auf ehemalige Mitarbeiter zurück. Hinzu kommt die Internetkriminalität ausländischer Geheimdienste. Obwohl es keine hundertprozentige Sicherheit gibt, bieten Unternehmen effektiven Cyberschutz an.

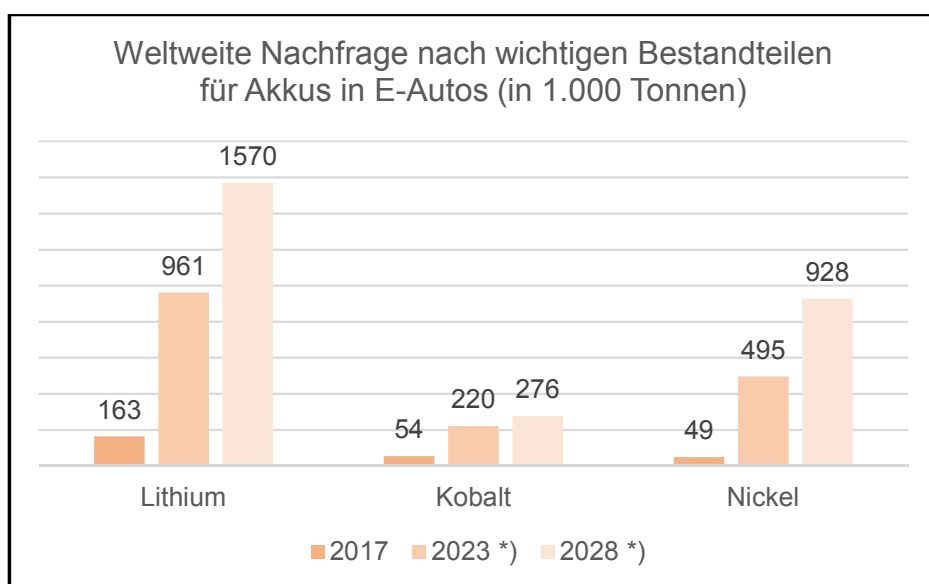
Nach dem Mauerfall (vor ca. 30 Jahren) machte es Sinn, für den Aufbau Ost einen **Solidaritätszuschlag** (5,5% der Einkommen- oder Körperschaftsteuer) zu erheben. Für „Vater Staat“ war das 2018 eine Einnahme von knapp 19 Mrd. €. Dieses Geld ist (wie alle Steuereinnahmen) nicht zweckgebunden und fließt in den Bundeshaushalt. Jetzt hat der Bundestag beschlossen, dass ca. 9 (von 10) Bürgern ihn ab 2021 nicht mehr zahlen müssen. Nur ca. 3,5% der heutigen Topverdiener müssen ihn auch künftig in voller Höhe entrichten. Das veranlasste Christian Lindner (FDP) zu der Aussage: „Der Soli ist eine verfassungswidrige Strafsteuer“ und kündigte (mit einigen anderen) Klagen an. Eine Anregung für unsere Regierenden: Auch wenn der Bund ab 2021 knapp 11 Mrd. € weniger einnimmt, wäre ein Teilbetrag für den „Aufbau West“ sinnvoll.

Seit 2009 verlangen die EU-Verträge, dass der Präsident (oder die Präsidentin) vom **Europäischen Parlament** mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt wird. Die EU ist keine parlamentarische Demokratie. Obwohl in diesem Jahr die Wähler an den Urnen einen neuen Rekord aufstellten, hatten über 200 Mill. Stimmen keine unmittelbare Auswirkung auf die neue EU-Verwaltung. Deshalb hinterließ die Art und Weise, wie Ursula von der Leyen überraschend gewählt wurde, einen bitteren Nachgeschmack. Für die Zukunft wird es schwierig sein, dem Wähler zu erklären, warum er sich überhaupt an der Europawahl beteiligen soll. Die EU muss in der Zukunft demokratischer werden, d.h. bürgerfreundlicher. Ein zollfreier EU-Raum und ein gemeinsamer Euro sind nicht ausreichend. Es fehlt die Wertegemeinschaft. Am 8. Januar 2017 sagte der belgische Geschichtswissenschaftler David Engels im Deutschlandfunk: „Die aktuelle Situation in der westlichen Welt erinnert an den Niedergang des Römischen Reiches. Es gibt sehr viele analoge Entwicklungen“. Für die neue Präsidentin der EU wird es also künftig nicht einfach sein, Solidarität und Gemeinschaftssinn herzustellen.

Christine Lagarde wird wahrscheinlich die „**Nullzinspolitik**“ Mario Draghi's fortsetzen, obwohl sich bisher gezeigt hat, dass die Wirtschaft in der EU mit kostenlosem Geld nicht in Schwung zu bringen ist. Null Zinsen erleichtern den Schuldendienst und ermuntern zur Kreditaufnahme. Immer wieder betonen die Euro-Hüter ihre Ziele: Wachstum und Inflation. In Wirklichkeit entschulden sich hoffnungslos überschuldete sparmüde Regierungen. Die derzeitige Inflation von 1-1,2% hält marode Banken und Unternehmen künstlich über Wasser. Marode Staaten wie Italien sehen anscheinend nicht (oder wollen nicht sehen), dass die EZB-Politik ihre Schulden weiter steigen lässt. Deshalb aktualisieren sie die Idee des Nobelpreisträgers Milton Friedman von 1969: Helikoptergeld! Das allerdings ist sehr gefährlich, denn wenn die Geldmenge stärker als die Gütermenge wächst, schießen die Preise in die Höhe. Abgesehen davon verlieren die Bürger das Vertrauen in das Geldsystem. Eine sprunghaft steigende Inflation würde Freude bei den Peripherieländern aufkommen lassen, aber den Unwillen der Nordstaaten. Möglich wäre es dann, dass der Euro an den Wahlurnen scheitert.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Bundesregierung will bis 2030 10 Mill. E-Autos auf den deutschen Straßen rollen sehen. Die Rohstoffvorkommen allerdings befinden sich meist in Risiko-Ländern. Für die E-Auto-Industrie ist aber eine reibungslose Versorgungskette wichtig. Die Nachfrage nach Rohstoffen kommt besonders aus den Schwellenländern; allen voran China. Deshalb bietet sich die Bundesregierung ausländischen Rohstoffförderern als „Technologiepartner“ und nicht als Ausbeuter.



*) Prognose; Quelle: Statista

Die nachstehende Übersicht zeigt die **Nickel**-Preisveränderungen. Die Bestände an der LME waren letztmalig vor ca. 11 Jahren so niedrig. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die Bestände in Shanghai. Die Fachleute der INSG prognostizieren für nächstes Jahr ein Defizit von ca. 40.000 Tonnen Nickel, obwohl Minenbetreiber ihre Förderkapazitäten erhöhen. Der **Chromstahl**preis ist für das 4. Quartal 2019 festgeschrieben und wird sich auch zum 1. Quartal 2020 nicht oder kaum verändern. Da **Molybdän** reichlich verfügbar ist, sank der Kurs leicht. Allerdings geht die Tendenz wieder nach oben.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
01.02.2019	1,1454	12.460	12.550	201.702	1.087
01.03.2019	1,1388	13.160	13.245	196.782	1.157
01.04.2019	1,1218	13.155	13.250	182.466	1.172
02.05.2019	1,1244	12.130	12.210	173.058	1.079
03.06.2019	1,1297	12.135	12.180	168.684	1.072
01.07.2019	1,1373	12.340	12.420	161.658	1.087
01.08.2019	1,1140	14.290	14.315	143.670	1.295
02.09.2019	1,0982	18.625	18.475	152.604	1.698
01.10.2019	1,0902	17.410	17.210	152.136	1.597
01.11.2019	1,1153	16.750	16.740	66.306	1.505
22.11.2019	1,1073	14.400	14.450	66.750	1.303

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Die Legierungszuschläge werden wesentlich von den Nickelpreisen geprägt. Wir wollen keineswegs den LZ-Teufel an die Wand malen, aber wenn die Nachfrage spürbar erhöht wird (durch die Batterieindustrie) und die Lagermengen an der LME bis gegen Null sinken, die Nickelzocker ihr Übriges dazutun, wäre eine Preissituation wie 2006 möglich.

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan
	2019		2019		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/19	557	01/19	664	664	606	627	641	662	657	655	602	594	576	557	557	↑
4301	02/19	1.228	11/19	1.730	1.274	1.228	1.351	1.430	1.450	1.380	1.362	1.382	1.557	1.727	1.730	1.608	↓
4404	02/19	1.903	10/19	2.594	1.976	1.903	2.051	2.197	2.218	2.122	2.094	2.123	2.360	2.594	2.581	2.317	↓
4509	12/19	688	01/19	797	797	739	759	774	794	790	788	734	726	707	688	688	↑
4521	12/19	983	05/19	1.221	1.217	1.131	1.143	1.198	1.221	1.214	1.207	1.138	1.132	1.115	1.076	983	↓
4539	02/19	3.358	10/19	4.827	3.450	3.358	3.654	3.936	3.960	3.765	3.703	3.818	4.319	4.827	4.824	4.282	↓
4571	02/19	1.925	10/19	2.635	1.997	1.925	2.076	2.224	2.246	2.148	2.118	2.150	2.394	2.635	2.624	2.355	↓

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan
	2019		2019		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	11/19	668	01/19	797	797	727	752	769	794	789	786	722	713	692	668	669	↑
4301	02/19	1.474	11/19	2.075	1.529	1474	1.621	1.716	1.741	1.656	1.634	1.659	1.868	2.073	2.075	1.930	↓
4310	02/19	1.390	11/19	1.917	1.447	1390	1.523	1.610	1.634	1.557	1.538	1.552	1.737	1.917	1.917	1.787	↓
4310 Mo	02/19	1.526	10/19	2.045	1.593	1526	1.654	1.754	1.777	1.701	1.680	1.689	1.871	2.045	2.036	1.873	↓
4404	02/19	2.283	10/19	3.113	2.371	2283	2.461	2.636	2.661	2.547	2.512	2.547	2.832	3.113	3.098	2.781	↓

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	11/18	380	05/18	430	320	350	350	355	350	310	340	350	300	290	290	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	12/18	870	04/18	1.230	940	1.050	1.100	1.070	980	970	1.080	1.110	1.000	950	960	
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	01/18	1.420	04/18	1.690	1.420	1.500	1.600	1.570	1.500	1.500	1.600	1.610	1.600	1.540	1.480	

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team